

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend ein kleiner Beitrag an den Umweltschutz: elektronische Rechnungen der Stadt Winterthur und ihrer Betriebe, eingereicht von Gemeinderat M. Zeugin (GLP)

Am 15. September 2008 reichte Gemeinderat Michael Zeugin namens der Grünliberalen-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

„Das Internet wird in der Wirtschaft, der Arbeitswelt und im Privatbereich immer intensiver genutzt. Weite Teile der Bevölkerung sind bereits über einen Breitbandanschluss an das Datennetz angeschlossen.

Seit einigen Jahren wird durch die Banken (<http://www.paynet.ch/>) und die Post Finance (<https://www.postfinance.ch/pf/content/de/seg/biz/product/eserv/ebill/bill/offer.html>) die Rechnungsstellung mit einer Elektronischen Rechnung angeboten. Verschiedenste kleine und grosse Betriebe (unter anderem Swissscom) bieten ihren Kunden diesen Service an. Dieses Instrument ist eine gute Möglichkeit die Papierflut einzudämmen und damit einen Beitrag an den Umweltschutz zu leisten und gleichzeitig administrative Arbeit und Kosten zu sparen.

Fragen:

1. Ist der Stadtverwaltung diese Möglichkeit der Rechnungsstellung bekannt und wurden diesbezüglich Abklärungen getroffen?
2. Gibt es Überlegungen die elektronische Rechnungsstellung für die ganze Stadtverwaltung einzuführen?“

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Die Stadtverwaltung beobachtet die Entwicklungen und Möglichkeiten, welche durch die Verbreitung des Internets entstehen, mit grosser Aufmerksamkeit. E-Government ist in vielen Bereichen realisiert und wird laufend weiter entwickelt. Im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens wurde bereits 1999 auf E-Banking umgestellt. Schon 1997 wurde aus Effizienz- und Sicherheitsgründen beim Umzug des Finanzamtes vom Stadthaus an die St. Georgenstrasse die physische Stadtkasse abgeschafft und ein weitest gehend bargeldloser Zahlungsverkehr eingeführt. Im Weiteren wird bei der Evaluation von neuer betriebswirtschaftlicher Software die mögliche Nutzung des Internets grundsätzlich geprüft.

Zur Frage 1:

„Ist der Stadtverwaltung diese Möglichkeit der Rechnungsstellung bekannt und wurden diesbezüglich Abklärungen getroffen?“

Die Rechnungsstellung mittels elektronischer Rechnung ist der Stadtverwaltung bekannt. Das Finanzamt und die Informatikdienste haben einen Nutzen bringenden Einsatz der elektronischen Rechnung für die zentralen Fakturierungen abgeklärt. Auch Bereiche mit autono-

mer Fakturierung (z.B. Steueramt, Immobilien, Alter und Pflege, Stadtwerk Winterthur etc.), welche branchenspezifische Softwarelösungen einsetzen, kennen die neusten Entwicklungen.

Um den Nutzen der elektronischen Rechnung abschätzen zu können, ist zu unterscheiden, welches Basisgeschäft der Rechnungsstellung zugrunde liegt. Rechtsgeschäfte, welche eine einmalige Forderung begründen (z. B. Baubewilligungsgebühr, Ordnungsbusse, etc.), sind weniger geeignet, elektronisch fakturiert zu werden. Das Ermitteln der korrekten elektronischen Adresse des Schuldners oder der Schuldnerin wäre in diesen Fällen zu aufwändig. Zudem wäre eine zentrale Verwaltung der elektronischen Adressen aus Gründen des Datenschutzes problematisch.

Dauerschuld- und andere Vertragsverhältnisse, welche zu einer regelmässigen Rechnungsstellung führen, sind hingegen geeignet, die elektronische Faktur einzusetzen. In jenen Fällen, in denen die Schuld grundsätzlich immer in gleicher Höhe entsteht (z.B. Mieten) ist das Lastschriftverfahren oder der Dauerauftrag des Schuldners bzw. der Schuldnerin noch effizienter. Am Beispiel der Zahlweise der Mieten lässt sich allerdings feststellen, wie wenig die modernen Zahlwege von der Kundschaft angenommen bzw. gewünscht werden. Die Mieten der rund 2'000 Mietverhältnisse des Bereichs Immobilien werden wie folgt beglichen: 5% mit Daueraufträgen, 13% mit Lastschriftverfahren und 82% mit Einzahlungen mittels Einzahlungsschein. Diese Verteilung zeigt klar, dass auch bei monatlich gleich bleibender Schuld mehrheitlich der traditionelle Einzahlungsschein nachgefragt und verwendet wird. Auch die jährlichen Werbeaktionen des Bereichs Immobilien für das Lastschriftverfahren vermochten das prozentuale Verhältnis bis heute nicht entscheidend zu verändern. Ein möglicher Grund für die nach wie vor grosse Nachfrage der Rechnung in Papierform könnte auch im teilweise fehlenden Vertrauen in die Sicherheit des E-Banking begründet sein. Dies kann sich jedoch in Zukunft ändern.

Zur Frage 2:

„Gibt es Überlegungen die elektronische Rechnungsstellung für die ganze Stadtverwaltung einzuführen?“

Wie eingangs erwähnt, wurden vom Finanzamt und den Informatikdiensten entsprechende Überlegungen zur Einführung der elektronische Rechnungsverarbeitung in der Stadtverwaltung angestellt, hingegen bis heute nicht weiter verfolgt. Dies vor allem aus folgenden Gründen:

Die Stadtverwaltung ist eine sehr vielfältige Unternehmung und kann als ein Zusammenschluss der verschiedensten "Branchen", die jeweils individuelle Gepflogenheiten und Anforderungen haben, angesehen werden. Aus Gründen des Datenschutzes dürfen zudem bestimmte schützenswerte Informationen nicht zwischen Amtsstellen ausgetauscht werden. Bei einer flächendeckenden Einführung der elektronischen Faktura würde deshalb bei unzähligen kleinen Fakturierstellen ein erheblicher zusätzlicher Aufwand für die Erfassung und Pflege der elektronischen Adressen entstehen.

Bei den umfangreichen Fakturierungen sind Projekte, welche die elektronische Rechnungsstellung ermöglichen, im Gang oder geplant: So hat das Steueramt Winterthur im Jahr 2008 ein Projekt zur elektronischen Faktura gestartet. Gemäss Projektplanung ist die definitive Einführung der elektronischen Steuerrechnung im Sommer / Herbst 2009 vorgesehen.

Stadtwerk Winterthur hat 2008 eine neue ERP-Software eingeführt. Im Jahr 2009 wird ein Projekt, welches die Ablösung der bestehenden Energiefakturierung zum Ziel hat, gestartet. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, auch hier ab ca. 2011 elektronische Fakturen erzeugen zu können. Stadtwerk Winterthur stellt pro Jahr rund 250'000 Rechnungen.

Davon werden ca. 10% per Lastschriftverfahren bezahlt. Die Kombination, elektronische Rechnung und Lastschriftverfahren wäre dann die effizienteste Form der Energiefakturierung.

Sodann entwickelt das Finanzamt zusammen mit den Informatikdiensten eine Applikation, welche es ermöglicht, die internen Verrechnungen in Zukunft elektronisch abzuwickeln. Für den Budgetprozess stand diese Applikation bereits für das Budget 2009 zur Verfügung.

Die Aufteilung auf die verschiedenen Zahlwege bei den Mieten zeigt hingegen, dass der Wille und auch die technischen Voraussetzungen für die Anwendung der elektronischen Zahlungsmittel heute noch nicht immer gegeben sind. Das Potential, mittels elektronischer Faktur Papier sparen zu können, wird deshalb als eher bescheiden eingeschätzt, weshalb davon auszugehen ist, dass auf diesem Weg kein grosser Beitrag zu Gunsten des Umweltschutzes geleistet werden kann. Zudem kann nur sichergestellt werden, dass die Rechnung bis zum Empfänger bzw. zur Empfängerin in elektronischer Form besteht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein gewisser Anteil der elektronischen Rechnungen von den Empfängern ausgedruckt wird.

Die Verwaltung versucht dem Umweltschutz im Zusammenhang mit Rechnungen dahingehend gerecht zu werden, dass sie nach Möglichkeit Recycling-Papier einsetzt; Stadtwerk Winterthur druckt seine Rechnungen auf FSC-zertifiziertem Papier. Zudem werden bei Dauerschuldverhältnissen, wie z.B. dem Mietzinsinkasso, Lastschriftverfahren und die Zahlung mit Daueraufträgen ermöglicht und gefördert.

Der elektronische Zahlungsverkehr wird jedoch in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Die Technologien werden bedienungsfreundlicher und sicherer werden. Die damit aufwachsende jüngere Generation hat weniger Berührungängste. Die Akzeptanz für elektronische Rechnungen wird deshalb in Zukunft steigen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder